Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) **ohne Postbeförderung** 60 Mk. **mit Postbeförderung** 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 257. **Mittwoch** den 14. September 1887. **81. Jahrgang**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Nachdem wahrzunehmen gewesen, daß die Bestimmung in §. 84 des Straßenpolizeiregulativs für die Stadt Leipzig, wonach

große und **starke Hunde,** welche beim freien Umherlaufen öffentliche Anlagen beschädigen, Vorübergehende gefährden und insbesondere Kinder in Gefahr bringen können, umgerissen zu werden, auf der Straße nicht frei laufen gelassen werden dürfen, sondern an **kurzer Leine** zu **führen** sind,

vielfach **außer Acht** gelassen wird, wird diese Bestimmung hierdurch von Neuem mit dem Bemerken eingeschärft, daß die Aufsichtsorgane angewiesen sind, Zuwiderhandelnde in jedem Falle zur Anzeige zu bringen.

Leipzig, den 12. September 1887.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Nr. 3527 D. R. Bretschneider.

Bekanntmachung.

Am 11. September dieses Jahres verstarb unser Armenpfleger im 28. Districte,

Herr Kaufmann **Gustav Leuchte.**

Unser Armenwesen verliert in ihm einen Mann, welcher treu seines Amtes gewartet hat. Wir verfehlen nicht, dem nun Verewigten unsern Dank in das Jenseits nachzurufen für seine treue Mithilfe an dem uns gemeinsamen Werke.

Leipzig, den 13. September 1887.

Das Armendirectorium.
A. R. 548. Dr. Fischer. Artus.

Bekanntmachung.

Die Leuchtkraft des städtischen Leuchtgases betrug in der Zeit vom **5. bis mit 11. September d. J.** im Argandbrenner bei 2.5 Millimeter Druck und 140 Litern stündlichem Consum das 16.1fache der Leuchtkraft der deutschen Normalkerze von 50 Millimeter Flammenhöhe.

Das specifische Gewicht stellt sich im Mittel auf 0.436.

Leipzig, am 12. September 1887.

Des Raths Deputation zu den Gasanstalten

Wegen Reinigung der Räume bleiben die Stadtcasse und die Stiftungsbuchhalterei

den 14. dieses Monats

geschlossen.

Leipzig, den 10. September 1887.

Des Raths Finanzdeputation.

Herr **Hermann Traugott Fritzsche,** seit 1880 Mitglied unseres Kirchenvorstandes, ist am 12. d. Abends 8 Uhr sanft und selig entschlafen.

Die Gemeinde wolle mit uns trauern um den Verlust dieses Mannes, dessen eifriges Wirken für alles Gute und Schöne in so schlichter, selbstloser Weise und vorbildlich geworden ist.

Gottes Frieden sei mit ihm!

Leipzig, den 13. September 1887.

Der Kirchenvorstand zu St. Matthäi.
Heller, stellv. Vorsitzender.

Bekanntmachung.

Die **Gewerbekammer zu Leipzig** hat beschlossen, zur theilweisen Deckung ihres Verwaltungsaufwandes für das laufende Jahr auf **jede Mark** des für das Einkommen in Spalte 4 des Einkommensteuer-Katasters (Einkommen aus Handel und Gewerbe) entfallenden Steuerbetrags

einen Zuschlag von Zwei Pfennigen

erheben zu lassen.

Dieser Zuschlag, welcher mit dem auf den 30. September d. J. fallenden Hebetermin der staatlichen Einkommensteuer erhoben werden soll, ist von den zur Gewerbekammer wahlberechtigten Gewerbetreibenden des Kammerbezirkes (Leipzig, Zwenkau, Taucha, Markranstädt und die zur Königl. Amtshauptmannschaft Leipzig gehörenden Landgemeinden), deren bezügliches Einkommen 600 ℳ übersteigt, zu entrichten.

Leipzig, den 1. September 1887.

Die Gewerbekammer.
D. A. Oehler, Vors. Herzog, Secr.

Vermiethung.

Die im **Universitätsgrundstücke, Universitätsstraße Nr. 15 links vom Hausgange** befindlichen **Parterre-Räume,** bestehend aus einem vorderen, zwei zweifenstrigen und einem einfenstrigen Zimmer nebst Keller und Bodenraum sind zu **Geschäftszwecken zu vermiethen und sofort zu beziehen.**

Reflectanten wollen mit dem unterzeichneten Rentamte gefälligst in Verbindung treten.

Leipzig, am 8. September 1887.

Universitäts-Rentamt.
Gebhardt.

Nichtamtlicher Theil.

Deutschland und die bulgarische Frage.

Nachdem wir seit Wochen darauf angewiesen waren, uns in dem Gewirr der widersprechenden Nachrichten über die Sendung des Generals Ernroth zurechtzufinden, liegt heute endlich eine Darstellung des Sachverhalts in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vor, welche Klarheit über denselben verbreitet. Danach hat die türkische Regierung an Deutschland das Ersuchen gerichtet, ohne einen vorhergegangenen türkischen oder russischen Antrag im eigenen Namen den anderen Mächten die Ernennung eines russischen Generals zum Statthalter Bulgariens vorzuschlagen. Diese Zumuthung hat die deutsche Regierung abgelehnt, weil sie nicht gesonnen ist, eine ihr bisher nicht obliegende Verantwortung in orientalischen Fragen zu übernehmen, um so weniger, als die Lage der Dinge im übrigen Europa nicht der Art ist, daß die Reichspolitik sich veranlaßt fühlen könnte, ihre Aufgaben zu vermehren und ihre Kräfte zu theilen. Außerdem würde sie, wenn sie Initiativanträge in der bulgarischen Frage stellte, sich auch verpflichtet halten, den Mächten, welchen sie dieselben empfiehlt, darüber Auskunft zu geben, wie sie sich die Durchführung des Beantragten vorstellt. Letzteres würde aber zunächst von der Pforte abhängen; der Türkei als der suzeränen Macht liege es ob, Entschließungen darüber zu fassen, in welcher Weise der active oder passive Widerstand, welchen die Bulgaren der Durchführung ihres Antrages etwa entgegensetzen werden, zu überwinden sein wird. So lange hierüber keine Klarheit herrsche, würden die anderen Mächte nicht leicht Stellung zu der Sache nehmen wollen. Die deutsche Regierung ist bereit, den andern Mächten das Eingehen auf den Plan, den General Ernroth nach Bulgarien zu senden, zu empfehlen, wenn derselbe zuvor von den dabei betheiligten Cabineten, der Pforte und Rußland, amtlich in Antrag gebracht sein wird.

Von russischer Seite liegt bereits eine Erklärung in dieser Angelegenheit vor. Nach dem „Nord" ist an die Sendung des Generals Ernroth nach Bulgarien erst dann zu denken, wenn die türkische Regierung in Bulgarien den vor der Ankunft des Prinzen Ferdinand bestehenden Zustand wieder hergestellt hat. Die türkische Regierung hat also durch ihren mißlungenen Versuch, die eigene Verantwortung in der bulgarischen Frage auf Deutschland zu übertragen, nur eine Verschlechterung ihrer Lage erreicht, denn es ist jetzt zu der russischen Aufforderung, in der bulgarischen Angelegenheit selbstständig vorzugehen, noch die Erklärung der deutschen Regierung getreten, daß es zunächst Sache der Türkei als der suzeränen Macht sei, die Deutschland angesonnene Aufgabe gehörig vorzubereiten und einzuleiten.

An der Richtigkeit der deutschen Auffassung der Sachlage wird auch die öffentliche Meinung in Rußland nichts auszusetzen finden, die Darlegung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" ist klar, gemeinverständlich und offen. Deutschland ist bereit, die russischen Wünsche bei den übrigen Mächten zur Annahme zu empfehlen, wenn die türkische Regierung vorher die unerläßlichen Voraussetzungen einer solchen Handlungsweise erfüllt hat. Daß die türkische Regierung vor Erfüllung ihrer Aufgabe zurückschreckt, kann an der Thatsache der Zustimmung Deutschlands zu dem russischen Plan, einen russischen General als Statthalter nach Bulgarien zu senden, nichts ändern. Der Grundgedanke dieser Politik ist, daß Deutschland nicht türkischer zu sein verpflichtet ist als die Türkei, daß also ein Plan, welcher von dieser gebilligt wird, mag er ihre eigenen Interessen auch noch so schwer verletzen, darum doch nicht von Deutschland bekämpft zu werden braucht. Stillschweigende Bedingung der Sendung des Generals Ernroth würde immer sein, daß sie nicht mit dem Berliner Vertrage in Widerspruch tritt, ihre Voraussetzung würde also vollständiges Einverständniß der Türkei mit Rußland über die Grenzen der dem General einzuräumenden Machtvollkommenheit sein.

Offenbar hat die Türkei durch ihren Vorschlag, daß Deutschland die Vermittelung der Sendung des Generals Ernroth bei den übrigen Vertragsmächten übernehmen möge, Rußland den Geschmack an dieser Sendung überhaupt verdorben, denn Rußland konnte nicht den Wunsch hegen, sich bei den übrigen Mächten eine sichere Ablage zu holen. Rußlands Absicht ging dahin, unter ausdrücklicher Billigung und gleichsam im Auftrage der suzeränen Macht in Bulgarien die Ordnung wiederherzustellen, welche durch die Ankunft und den Regierungsantritt des Prinzen Ferdinand gestört worden ist. Es ist kaum anzunehmen, daß Oesterreich, England und Italien die Dazwischenkunft Rußlands auch in dieser Form ruhig hingenommen hätten, aber Rußland schien entschlossen, wenigstens den Versuch zu wagen, auf die Gefahr hin, daß die Sendung in Folge des Widerspruchs der genannten Vertragsmächte im letzten Augenblicke unterblieb. Die Schuld für die Verfahrenheit der Lage trägt unter allen Umständen Rußland, denn sein Antrag, die Ordnung der bulgarischen Verhältnisse einem russischen General zu übertragen, enthält das Bekenntniß, unter dieser Form die Herrschaft über Bulgarien anzutreten. Der Versuch, auf diesem Wege zum Ziele zu gelangen, ist schon einmal gemacht worden, als General Kaulbars in Bulgarien erschien, um den Rücktritt der Regentschaft, die Aufhebung des Belagerungszustandes und die Ansetzung eines neuen Wahltermins zu verlangen. Die Maßlosigkeit dieser Ansprüche leuchtete damals allen europäischen Mächten ein, und deshalb zog sich General Kaulbars unverrichteter Sache wieder zurück. Jetzt sollte der Versuch der russischen Einmischung in die bulgarischen Verhältnisse mit ausdrücklicher oder stillschweigender Billigung der Vertragsmächte erneuert werden, aber die Türkei war schlau genug, die ihr zugemuthete Uebernahme der Verantwortung abzuwälzen, und wenn sie dabei einen Verstoß gegen die diplomatischen und völkerrechtlichen Regeln begangen hat, so wird sie die Folgen dieses Verstoßes lieber tragen als diejenigen, welche die Unterwerfung unter den Willen Rußlands nach sich ziehen könnte.

Die deutsche Antwort auf die türkische Zumuthung enthält in ihrer Klarheit und Sachgemäßheit zugleich einen deutlichen Fingerzeig für Rußland, seine Maßregeln in Bulgarien so zu treffen, daß sie mit den Verträgen nicht in Widerspruch gerathen. Sie zieht den Fall in Betracht, daß die Bulgaren der Sendung des Generals Ernroth Widerstand entgegensetzen, und giebt der türkischen Regierung zu bedenken, wodurch sie diesen Widerstand zu überwinden gedenkt. Ein Widerstand Bulgariens mit bewaffneter Hand gegen Aufrichtung der russischen Herrschaft würde voraussichtlich auch noch andere Kräfte in Bewegung setzen, im Hintergrunde der Sendung des Generals Ernroth erscheint der Kampf um die Herrschaft auf der Balkanhalbinsel, der schon wiederholt begonnen, aber nicht zu Ende geführt worden ist.

Die deutsche Politik lehnt es ab, die Verantwortlichkeit für den Wiederbeginn dieses Kampfes zu übernehmen, besonders mit Rücksicht auf die Lage der Dinge im übrigen Europa. Dieser erklärende Zusatz giebt zu denken, es ist dadurch der Fall in Betracht gezogen, daß die Lage der Dinge in Europa einmal die Uebernahme einer solchen Verantwortung gestatten könnte. Rußland kann diesen Zusatz zu seinen Gunsten auslegen, es wäre aber auch möglich, daß veränderte Verhältnisse in Europa Deutschland einen Platz bei Regelung der orientalischen Frage anweisen, welcher mit dem russischen nicht übereinstimmte. Der Grundsatz der Nichteinmischung in die orientalischen Streitigkeiten, welcher von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" unmittelbar nach dem Aufstand vom 21. August verkündet wurde, ist auch heute noch für die deutsche Politik der maßgebende. Nehmen die Dinge in Bulgarien eine Wendung, welche die Geltendmachung des deutschen Einflusses erheischen oder gestatten, dann wird sie Einsluhnahme vom Standpuncte derjenigen Macht erfolgen, welche bei Vereinbarung des Berliner Friedens den Vorsitz führte. Es kann sich dann aber nur um Aufrichtung eines Zustandes in Bulgarien handeln, welcher mit dem Berliner Frieden in Einklang steht.

* * *

* Die bereits telegraphisch signalisirte und vorstehend erwähnte Note der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", die „Mission Ernroth" betreffend, hat folgenden Wortlaut:

Der „Pester Lloyd" behauptet, aus Konstantinopel werde dem Fürsten Bismarck hartnäckig imputirt, er habe sich zum Vermittler in der Affaire Ernroth „direct angeboten".

Diese Behauptung beruht auf Erfindung; wenn sie wahr wäre, so könnte das deutsche Cabinet die von der Pforte gewünschte Vermittelung nicht ablehnen können. Dies ist aber bekanntlich geschehen.

Deutschland ist mit der Entsendung des Generals Ernroth nicht nur seinerseits einverstanden, sondern auch bereit, anderen Mächten das Eingehen auf diesen Plan zu empfehlen, wenn derselbe zuvor von den dabei betheiligten Cabinetten, der Pforte und Rußland, amtlich in Antrag gebracht sein wird. Die Pforte aber wünscher, daß Deutschland ohne vorgängigen türkischen oder russischen Antrag, im eigenen Namen den anderen Mächten die Ernennung eines russischen Generals zum Statthalter vorschlagen möchte. Durch ein solches Vorgehen würde Deutschland eine Verantwortlichkeit in orientalischen Fragen übernehmen, die ihm bisher nicht obliegt; die Lage der Dinge im übrigen Europa ist aber nicht von der Art, daß die Reichspolitik sich veranlaßt fühlen könne, ihre Aufgaben zu vermehren und ihre Kräfte zu theilen. Sie würde außerdem, wenn sie eigene Initiativanträge in der bulgarischen Frage stellte, sich auch für verpflichtet halten, den Mächten, welchen sie dieselben empfiehlt, darüber Auskunft zu geben, wie sie sich die Durchführung des Beantragten vorstellt. Letztere würde zunächst von der Pforte abhängen; dieser, als der suzeränen Macht, liegt es ob, Entschließungen darüber zu fassen, in welcher Weise der active oder passive Widerstand, welchen die Bulgaren der Durchführung ihres Antrages etwa entgegensetzen werden, zu überwinden sein wird. So lange hierüber keine Klarheit herrscht, werden die anderen Mächte nicht leicht Stellung zu der Sache nehmen wollen.

* Ueber die Mission Ernroth schreibt der Pester „Expetertes", wie folgt:

Im ersten Moment habe man in weiten Kreisen mit dem Gefühle der Unlust und des Ekels die Gruppirung der Großmächte betrachtet. „Auf der einen Seite Rußland, Frankreich und Deutschland, auf der anderen Seite England, Oesterreich-Ungarn und Italien."

„Man hat mit unverhehlterem Gefühle von Unlust die Stellungnahme unseres Verbündeten betrachtet, und abermals ist die Klage aufgetaucht, welche wir am Ende des vorigen Jahres so oft hörten, daß unser Verbündeter uns bei allen kritischen Wendungen der orientalischen Frage im Stiche läßt und die Sicherung seiner eigenen Politik mit der Aufopferung unserer Interessen erkauft.

Dieser Vorwurf wäre auch dann nicht begründet, wenn unser Bündniß mit Deutschland unsere Interessen im Orient in den Maße in sich begreifen würde, wie man dieses in der öffentlichen Meinung irrthümlich voraussetzt. Der Vorwurf wäre deshalb nicht begründet, weil die Bedeutung der oben bezeichneten Stellungnahme Deutschlands übertrieben und in einer Weise aufgefaßt wird, als wäre diese gegen uns gerichtet.

Die seit vorigem November den beiden Seiten gemachten Aeußerungen stellen es außer Zweifel, daß dieses Bündniß durchaus nicht den Umfang hat, daß es sich auf gewisse Eventualitäten bezieht. Das Bündniß ist rein defensiver Natur; es enthält die Sicherung des Besitzstandes und nicht die Gutheißung unserer Interessen im Auslande.

Das Verhalten Deutschlands bewegt sich seit einer Reihe von Jahren, daß dieses Bündniß bezüglich der in demselben nicht mit aufgenommenen Interessen den beiden Großmächten freie Hand läßt. Es kann jede der alliirten Mächte ihre eigenen Interessen selbstständig oder im Bündnisse mit anderen Mächten zur Geltung bringen. Es liegt aber allerdings auch in der Natur der Sache, daß keine der beiden verbündeten Mächte gegen die wesentlichen Interessen des Anderen wirken darf. Darüber dürfen wir uns nicht wundern, daß man in Wien die Interessen unserer Monarchie und in Berlin die Interessen Deutschlands für maßgebend betrachtet. Dieser Umstand kann sehr gut die beiden verbündeten Mächte manchmal zu verschiedenen Standpuncten führen.

Das Ziel der deutschen Politik war und bleibt die Isolirung Frankreichs, um zu verhüten, daß diese Macht sich mit einer andern Macht, insbesondere mit Rußland, verbinden könne. Wenn Deutschland durch dieses Bestreben in der Frage der Mission Ernroth auf die Seite Rußlands geführt wurde, so sehen wir darin keine besondere Ursache zur Unruhe, denn es ist das schließlich nur eine vorübergehende Stellungnahme und kann in keinem Falle dahin führen, daß die Geltendmachung unserer wesentlichen Interessen von Seite Deutschlands auf ernste Hindernisse stößt."

Wir bemerken, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" den Artikel des ungarischen Blattes wiedergibt.

Leipzig, 14. September 1887.

* Die Frage der Kaiserbegegnung in Stettin hat durch die Abreise Kaiser Wilhelm's neue Nahrung erhalten, ohne daß dafür bestimmte Anhalte vorhanden wären. Von den neuen Gerüchten verzeichnen wir folgende Meldung der „Vossischen Zeitung" aus London vom 12 September: „Der Pariser Correspondent des „Standard" meldet, ein Kopenhagener, der Fühlung mit dem dänischen Hofe hat, sagte ihm, der Zar hätte den Wunsch ausgedrückt, den Kaiser Wilhelm noch einmal zu sehen; sollte Letzterer nach Stettin reisen, so werde der Zar ihn dort höchst wahrscheinlich besuchen." — Bemerkt mag noch werden, daß die Stettiner der Mehrzahl nach in ihrer Reserve an der Kaiserbegegnung festhalten. Die Berliner officiösen Blätter erwähnen die Möglichkeit der Entrevue nicht mehr. — Aus St. Petersburg dagegen wird der hochofficiösen Wiener „Politischen Correspondenz" neuerdings versichert, daß alle Nachrichten von einer bevorstehenden Zusammenkunft der Kaiser von Deutschland und Rußland vollständig aus der Luft gegriffen seien.

* Wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" hört, erwartet der Reichskanzler von der Kissinger Cur einen guten Erfolg. Vor der Hand aber macht sich die ermattende Wirkung der Bäder geltend, so daß der Kanzler genöthigt gewesen ist, die Einladungen zu den Festlichkeiten abzulehnen, welche in Königsberg und Stettin aus Anlaß der großen Manöver von den Provinziallandtagen und städtischen Verwaltungen veranstaltet worden sind.

* Die „Kölnische Zeitung" kommt im Zusammenhange mit ihren jüngsten Artikeln und den Auslassungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" auf die Frage der deutsch-russischen Beziehungen zurück und bemerkt sehr treffend Folgendes:

Die Russen glaubten offenbar, eine sehr feine Politik zu machen, als sie sich darauf einrichteten, die deutschen und die französischen Liebenswürdigkeiten mit der gleichen feindlichen Unbefangenheit entgegenzunehmen. Diese geriebenen Politiker vergaßen dabei das Gefühlsleben eines großen Volkes, welches, im sichern Besitze seiner nationalen Einheit, die russische Herrschaft recht wohl entbehren kann. Wir konnten, ohne unserer nationalen Würde etwas zu vergeben, den ehrlichen Versuch machen, die russischen Verstimmungen zu beseitigen und den großen Freund zu versöhnen; aber wir konnten uns nicht auf einen deutsch-französischen Wettbewerb einlassen. Die Schaukelpolitik der russischen Diplomatie hat also lediglich den Erfolg gehabt, den Charakter der deutschen Politik zu Ungunsten Rußlands umzugestalten. Ließ sich die deutsche Staatskunst früher von dem Wunsche leiten, die „thurmhohe" Freundschaft mit Rußland, welche allmälig bedenklich zusammengeschrumpft war, wieder aufzurichten, so hat Rußland ihr eine solche Haltung unmöglich gemacht. Deutschland zieht sich still auf die Vertheidigung der Verträge zurück, und wenn diese Vertheidigung gelegentlich den Russen zu Gute kommt, so ist es uns vollständig gleichgiltig, welchen Eindruck das in Rußland macht. Wir erwarten von den Russen keine Dankbarkeit und wir fürchten auch ihre Feindschaft nicht. Das ist das Ergebniß, das sich aus unseren Erörterungen mit der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" wiedergeschlagen hat. Es ist also, wie wir nunmehr wissen, lediglich ein täuschender Schein, der uns die nüchternere Vertragspolitik des Fürsten Bismarck in den unsicheren Lichte eines deutsch-französischen Wettbewerbs zeigte und zu unseren Warnungen veranlaßte. Der Schein ist vorhanden, aber wenn irgendwo, so gilt hier das Wort: „Wenn zwei dasselbe thun, so ist es nicht dasselbe." Die stolze Politik der Bedürfnißlosigkeit rechnet nicht mit der russischen Gunst. Darüber haben uns die letzten halbamtlichen Aeußerungen, welche überall in Deutschland einen wohlthuenden Eindruck gemacht haben, vollständig beruhigt. Unsere Leserkreise aber, die bedenkend nach Rußland hinüberlangen, haben den Russen offenbar allerlei zu denken gegeben. Aus manchen Aeußerungen der russischen Presse tönt so etwas wie das Gefühl heraus, man habe einen ungeheuren Mißgriff begangen. Man winkt uns jetzt freundlich heran und möchte uns gnädigst auffordern, unsere frühere Verständigungspolitik wieder aufzunehmen. „Nein", rufen die „Neuesten" der „Kölnischen Zeitung" begeistigend zu, „das französische Bündniß ist unserer Diplomatie nicht nach dem Herzen — trotz der Beredsamkeit der Thatsachen, die sie darüber belehren, daß angesichts des Mangels aufrichtiger deutscher Freundschaft die russischen Interessen einzig durch das französisch-russische Einvernehmen geschützt werden könnten gegenüber der erdrückenden österreichisch-deutschen Macht." Könne man nun deshalb annehmen, so fährt das russische Blatt aus, daß der Versuch Deutschlands, die einstigen guten Beziehungen zu Rußland jetzt auf dem Boden der bulgarischen Frage wieder herzustellen — unfruchtbar sein sollte? Rußland, wie vielfährige Erfahrung zeige, vermeide den Krieg und nehme mit Dankbarkeit jeden Schritt auf, der seinen Bestrebungen, die ebenso friedliebende, wie die Deutschlands, entgegen komme. Möge Deutschland doch nur aufrichtig versuchen, die Interessen des Friedens in strenger Uebereinstimmung mit den staatlichen Interessen Rußlands zu wahren. Wir unserseits denken, daß das Wort „russische Dankbarkeit" für lange Zeit aus dem Wörterbuch deutscher Politiker gestrichen ist. Darüber haben die letzten Erörterungen ein vollständiges Einverständniß ergeben, an welchem keinerlei russische Höflichkeit so leicht etwas ändern werden.

* Das Steckenpferd, welches die russischen Blätter mit einer gewissen Vorliebe vorreiten, trägt die Aufschrift „deutscher Undank". Preußen-Deutschland, so führen die russischen Blätter gern aus, habe den Russen manche Förderung zu verdanken, habe dieselbe jedoch stets mit schnödem Undank vergolten. Es ist wohl überflüssig, der deutschen Lesewelt, die durch die letzten halbamtlichen Erklärungen von der Befürchtung befreit worden ist, Fürst Bismarck könne in dem Dankgefühl gegen Rußland zu weit gehen, die ganze Haltlosigkeit jenes russischen Vorwurfs nochzuweisen. Dennoch möchten wir uns die Frage gestatten, wann der Zar Alexander III. für Deutschland auch nur das Geringste gethan habe. Rußlands jeweilige auswärtige Politik ist die rein persönliche Politik des jeweiligen Zaren, die sich nicht auf dessen Nachfolger überträgt. Man kann nun zugeben, daß Deutschland den Zaren Alexander I. und Alexander II. zu Dank verpflichtet war; es hat diesen Dank in vollwichtiger Münze während der Verhandlungen des Berliner Congresses erstattet, indem es jeden russischen Antrag unterstützte und jedem russischen Wunsche Gehör schenkte. Dagegen gab es wiederum Zaren, wie Nikolaus I., denen gegenüber Deutschland nicht die geringste Verpflichtung hatte. Und genau ebenso steht es mit dem dritten Alexander. Die deutsch-russischen Rechnungen sind ausgeglichen und der Begriff „Dankbarkeit" darf getrost aus der auswärtigen Politik beider Staaten ausgemerzt werden.

* Der Prinz-Regent von Bayern nahm am Montag Mittag 12 Uhr in feierlicher Audienz von dem apostolischen Nuntius Ruffo Scilla dessen Accreditive entgegen. Schon lange vor der festgesetzten Zeit hatten Tausende vor der königlichen Residenz und im Hofgarten Aufstellung genommen, um die Gala-Auffahrt des Nuntius mit anzusehen. Der hohe Würdenträger wurde aus der interimistischen Wohnung in der Promenadenstraße durch den königl. Ceremonienmeister Freiherrn v. Kramer abgeholt und bestieg mit diesem eine vergoldete Staatscarrosse. Der Nuntius, der das violette Gewand eines Erzbischofs mit goldenem Kreuz und Kette und den Malteserorden angelegt hatte, nahm im Fond, Freiherr v. Kramer ihm gegenüber Platz. Hierauf setzte sich der Wagenzug nach der Residenz in Bewegung. Voraus fuhren in königl. Galakutsche Msgr. Peter Corri, Rath der Apostolischen Nuntiatur, Msgr. J. B. Guidi, Uditore, und Msgr. Vincenz Canonicus, Laporta, Secretair der Apostolischen Nuntiatur, dann folgte die Galacarrosse mit dem Nuntius, der ein Spitzenreiter voraus galoppirte. Als der hohe Würdenträger die Residenzwache passirte, präsentirte diese das Gewehr, die Fahne senkte sich und der Tambour schlug den Fahnenmarsch, worauf der Nuntius mit der rechten Hand, an dessen einem Finger der kostbare Bischofsring glänzte, den Segen spendete; dies that er auch, als er durch das Spalier der andächtigen Menge fuhr, die das Haupt entblößt hatte. Excellenz Ruffo Scilla begab sich sodann in der Residenz über die Kaisertreppe in die Empfangsräume vor dem Thronsaal, wo die Leibgarde der Hartschiere unter ihrem Lieutenant und Cornet, Generalleutenant Freiherrn von Lerchenfeld-Aham und Generalmajor Freiherrn von Gumppenberg, die militairischen Ehren erwies, und hierauf großer Empfang durch den Oberstkämmerer Frhrn. Pergler v. Perglas, Obersthofmeister Grafen zu Castell, Oberstjägermeister Frhrn. v. Malsen, Oberststallmeister Grafen v. Holnstein u. s. w. stattfand. Sodann trat der Nuntius, begleitet vom Minister des Auswärtigen, Frhrn. v. Crailsheim, in den Thronsaal ein, wo er Sr. k. Hoheit die päpstlichen Accreditive überreichte. Der Prinz-Regent hatte die Parade-Uniform eines bayerischen Feldzeugmeisters mit Kette und Stern des St. Hubertusordens angelegt. Die kurze, 10 Minuten dauernde Unterredung zwischen Sr. k. Hoheit und dem Nuntius wurde in französischer Sprache geführt. Zum Schlusse ließ Se. k. Hoheit der Prinz-Regent sich noch die Begleiter des Nuntius vorstellen, bei welcher Gelegenheit er noch Msgr. Guidi, der ihm von früher her bekannt war, besonders auszeichnete. Die Rückfahrt in die Nuntiatur erfolgte in gleich feierlicher Weise, wie die Auffahrt.

* Gestern trat der württembergische, heute tritt der bayerische Landtag zusammen. In beiden wird der